

Österreichischer

ZAHLENSPIEGEL



März 2022

Öffentliche Gesundheitsausgaben deutlich gestiegen

Die laufenden Gesundheitsausgaben einschließlich der Ausgaben für Langzeitpflege lagen in Österreich im Jahr 2020 bei 11,5% des BIP oder 43,52 Mrd. €. Gegenüber 2019 erhöhten sich die nominellen Ausgaben für Gesundheitsleistungen und -güter um 1,88 Mrd. € bzw. um 4,5%. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP stieg im Vergleich zu 2019 (10,5%) – vor allem bedingt durch den Rückgang des BIPs – um einen Prozentpunkt.

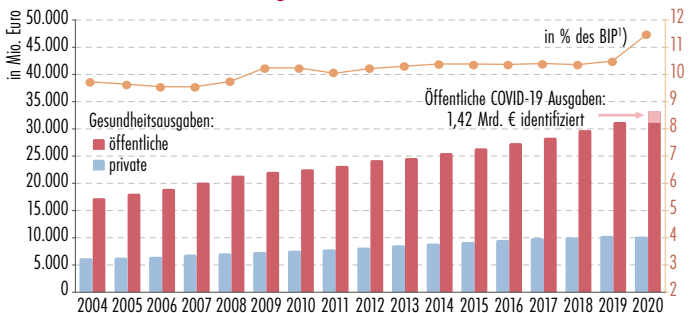
Private Ausgaben leicht rückläufig

Bund, Länder, Gemeinden sowie die Sozialversicherungsträger kamen 2020 für 33,28 Mrd. € der laufenden Gesundheitsausgaben auf; gegenüber 2019 stiegen die öffentlichen laufenden Gesundheitsausgaben um 6,4% an. Die restlichen Ausgaben von 10,25 Mrd. € wurden von privaten Haushalten, freiwilligen Krankenversicherungen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Unternehmen getragen. Im Vergleich zu 2019 gingen die privaten laufenden Gesundheitsausgaben um 1,2% zurück. Der Anteil der öffentlichen laufenden Gesundheitsausgaben erhöhte sich von 75,1% im Jahr 2019 auf 76,5% im Jahr 2020.

Erhebliche Gesundheitsausgaben durch COVID-19-Pandemie

2020 wurden in Österreich öffentliche Gesundheitsausgaben zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Höhe von 1,42 Mrd. € identifiziert. Mit 523 Mio. € entfiel der größte Anteil auf Aufwendungen für Schutzausrüstung, sowohl für Gesundheitseinrichtungen (z.B. Krankenanstalten, niedergelassener Bereich, Pflege, Rettungsdienste) als auch für den Einsatz in anderen Bereichen (Heer, allgemeine Verwaltung etc.). Für Testungen bei Verdachtsfällen, Screening-Programmen und Massentestungen etc. wurden 361 Mio. €, für Contact Tracing und Quarantänemaßnahmen 98 Mio. € aufgewendet. Weitere pandemiebedingte Mehraufwendungen von 434 Mio. € wurden z.B. für das Krankentransportwesen bzw. den Zivildienst, für Informationsmaßnahmen (Informationskampagnen, 1450-Gesundheitshotline etc.), diverse Maßnahmen für Gesundheitseinrichtungen (Zuschüsse an Gesundheitseinrichtungen etc.) und für die Krisenstäbe der Länder getätigt.

Laufende Gesundheitsausgaben in Österreich 2004 bis 2020



Q: STATISTIK AUSTRIA, Gesundheitsausgaben in Österreich laut System of Health Accounts 2011 (OECD/Eurostat/WHO). – 1) BIP: Stand 28.09.2021.

Zahl der Einbürgerungen 2021 um 80% auf 16.171 gestiegen

2021 erhielten 16.171 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft, darunter 6.448 mit Wohnsitz im Ausland. Die Zahl der Einbürgerungen von Personen mit Wohnsitz im Inland lag 2021 mit 9.723 Personen um 10,5% über jener von 2020 (8.796 Personen), jedoch um 7,4% unter der von 2019 (10.500 Personen). Daraus ergibt sich eine vorläufige Einbürgerungsrate von 0,6% für 2021, also gleich wie die Rate von 2020 und etwas weniger als die Rate von 2019 (0,7%).

Einbürgerung von Nachkommen der NS-Opfer

Die Zahl der Einbürgerungen 2021 war mit 16.171 deutlich höher als in den Vorjahren, was nahezu ausschließlich auf die Einführung der Möglichkeit der Einbürgerung von Nachkommen von Opfern des NS-Regimes zurückzuführen ist.

Für diese Personen, die überwiegend im Ausland leben, besteht seit 1.9.2020 die Möglichkeit einer Einbürgerung, ohne dafür ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen (§58c StbG Abs. 1a und 1b). 2021 erhielten 6.427 Personen unter diesem Rechtstitel die österreichische Staatsbürgerschaft (39,7% aller Einbürgerungen 2021).

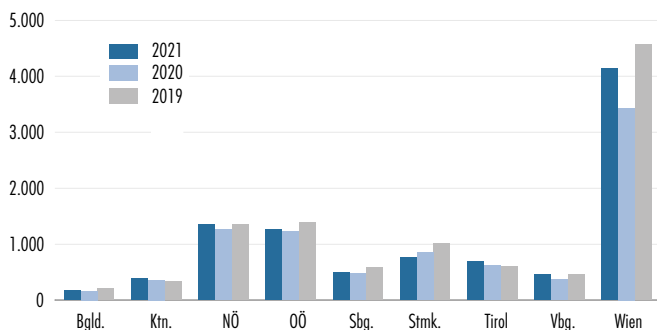
21% der 2021 Eingebürgerten in Österreich geboren

Ein Fünftel (21,0%) aller 2021 Eingebürgerten wurde bereits in Österreich geboren. 8.169 (50,5%) der Eingebürgerten waren Frauen; der Anteil der Kinder unter 18 Jahren betrug 30,1% (4.870 Personen).

Personen, die nach §58c eingebürgert wurden, sind am öftesten Angehörige der folgenden drei Staaten: Israel (2.612 bzw. 16,2% aller 2021 Eingebürgerten), Vereinigte Staaten (1.630 bzw. 10,1%) und Vereinigtes Königreich (1.152 bzw. 7,1%). Aus anderen Gründen Eingebürgerte waren am häufigsten Staatsangehörige der Türkei (1.101 bzw. 6,8%), Bosnien und Herzegowinas (921 bzw. 5,7%) sowie Serbiens (782 bzw. 4,8%).

Mehr als drei Viertel aller Einbürgerungen 2021 (12.610 bzw. 78,0%) erfolgten nach Erfüllung aller Voraussetzungen für eine Einbürgerung auf Grund eines Rechtsanspruchs.

Einbürgerungen 2019 bis 2021



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik der Einbürgerungen.

Entwicklung ausgewählter Indikatoren

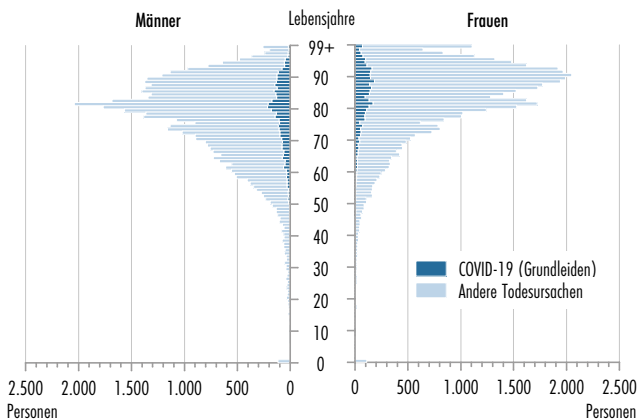
Indikatoren		2021		Oktober 2021		November 2021		Dezember 2021		Jänner 2022	
		absolut	± Vorjahr in %	absolut	± Vorjahr in %	absolut	± Vorjahr in %	absolut	± Vorjahr in %	absolut	± Vorjahr in %
Bevölkerung	Bevölkerung zum Jahres-/Monatsende in 1.000	8.979,9 ¹⁾	0,9	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	8.979,9 ¹⁾	0,5	n.v.	n.v.
	darunter Ausländer/-innen in 1.000	1.587,3 ¹⁾	6,8	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	1.587,3 ¹⁾	3,7	n.v.	n.v.
	Lebendgeborene in 1.000	85,6 ¹⁾	2,4	7,6 ¹⁾	5,2	6,9 ¹⁾	7,2	6,7 ¹⁾	2,9
	Gestorbene in 1.000	90,4 ¹⁾	-1,3	7,6 ¹⁾	-0,6	8,9 ¹⁾	-10,6	8,8 ¹⁾	-14,7	7,8 ¹⁾	-10,8
	Eheschließungen in 1.000	40,2 ¹⁾	1,3	3,8 ¹⁾	-26,0	1,6 ¹⁾	7,3	1,5 ¹⁾	-5,1
	Ehescheidungen in 1.000	14,2 ¹⁾	-4,8	1,2 ¹⁾	-22,4	1,2 ¹⁾	-8,7	1,2 ¹⁾	-17,5
	Wanderungsbilanz in 1.000 ²⁾
Einbürgerungen (inlandswirksam) in 1.000	9,7	10,5	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	3,2 ¹⁾	28,0	n.v.	n.v.	
Arbeitsmarkt	Unselbständig Beschäftigte in 1.000	3.805	2,4	3.872	2,8	3.854	3,1	3.813	4,6	3.822	5,3
	Offene Stellen lt. AMS in 1.000	95,1	51,3	112,2	73,4	100,8	73,0	102,2	101,9	109,5	87,7
	Vorgemerkte Arbeitslose lt. AMS in 1.000	331,7	-19,0	269,5	-24,8	289,3	-26,0	336,3	-26,8	333,0	-28,9
	Arbeitslosenquote national ³⁾ in %	8,0	-	6,5	-	7,0	-	8,1	-	8,0	-
	Arbeitslosenquote international ⁴⁾ in %	...	-	5,8	-	5,2	-	4,8	-	4,9	-
	Tariflohnindex (TLI; 2016=100)	111,7 ¹⁾	1,7	111,9	1,6	112,2 ¹⁾	1,7	112,2 ¹⁾	1,8	113,6 ¹⁾	2,2
Preise	Verbraucherpreisindex (VPI; 2020=100)	102,8	2,8	104,1	3,7	104,8	4,3	105,4 ¹⁾	4,3	105,3 ¹⁾	5,0
	Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI; 2015=100)	111,46	2,8	113,03	3,8	113,62	4,1	113,95	3,8	113,92 ¹⁾	4,5
	Großhandelspreisindex (GHPI; 2020=100)	110,4	10,4	115,6	15,8	116,7	16,6	116,1	15,0	119,1	15,5
Wirtschaft	Außenhandel: Einfuhren in Mrd. €	178,0 ¹⁾	23,2	15,8 ¹⁾	16,4	16,6 ¹⁾	24,8	15,4 ¹⁾	32,6
	Außenhandel: Ausfuhren in Mrd. €	165,5 ¹⁾	16,1	14,3 ¹⁾	8,4	15,8 ¹⁾	19,5	13,7 ¹⁾	20,3
	Produktionsindex (ÖNACE B-F) arbeitstätig bereinigt (2015=100)	120,0	5,8	130,3 ¹⁾	5,5	135,7 ¹⁾	7,9	128,5 ¹⁾	8,0	108,2 ¹⁾	13,9
	Sachgüterbereich (ÖNACE B-E): ⁵⁾ Beschäftigte in 1.000 ⁶⁾	641 ¹⁾	1,7	642 ¹⁾	2,2
	Sachgüterbereich (ÖNACE B-E): Umsatz in Mrd. € ⁵⁾	26,4 ¹⁾	30,1	27,9 ¹⁾	36,2
	Bau (ÖNACE F): Beschäftigte zum Jahres-/Monatsende in 1.000 ⁵⁾	213 ¹⁾	2,4	212 ¹⁾	2,9
	Bau (ÖNACE F): Umsatz in Mrd. € ⁵⁾	4,2 ¹⁾	5,0	4,7 ¹⁾	9,0
	Baupreisindex (2020=100)	105,3	5,3	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	108,0 ¹⁾	7,4	n.v.	n.v.
	Umsatzindex nominell: Handel (2015=100)	117,8	11,2	123,6	6,0	126,8	17,3	123,9	11,1
	Umsatzindex nominell: Dienstleistungen (2015=100)	102,4	4,8	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	116,2 ¹⁾	18,2	n.v.	n.v.
	Tourismus: Übernachtungen in Mio.	79,6	-18,7	8,0	84,5	3,3	204,0	6,1	717,4	10,2	1.250,2
	darunter von ausländischen Gästen in Mio.	50,0	-24,6	4,9	157,2	1,8	456,4	4,8	2.030,6	8,0	3.791,5
	BIP in Mrd. € / Wirtschaftswachstum real (März 2022)	403,4	4,5	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
	Öffentliches Defizit/Überschuss in % des BIP (Ende Dezember 2021)	...	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
Öffentlicher Schuldenstand in % des BIP (Ende Dezember 2021)	...	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	
Mobilität	Kfz-Neuzulassungen in 1.000	371,3	5,1	26,5	-15,2	22,7	-12,4	23,4	-27,9	19,3	5,1
	Pkw-Neuzulassungen in 1.000	239,8	-3,6	14,8	-39,2	17,5	-12,6	17,6	-25,9	15,6	10,5
	darunter Elektro in Stück	33.366	108,9	2.323	47,2	3.498	69,7	3.411	0,6	2.013	46,2

Q: STATISTIK AUSTRIA. - „n.v.“ Keine Daten vorhanden. - „...“ Daten liegen noch nicht vor. - *) Vorläufig. - 1) Quartals- bzw. Halbjahreswert. - 2) Saldo aus internationaler Zu- und Abwanderung. - 3) Beim AMS vorgemerkte Arbeitslose in % des Unselbständigen-Arbeitskräfteangebotes. - 4) Arbeitslose in % der Erwerbspersonen nach ILO-Konzept. - 5) Primärstatistische Daten: Diese beinhalten alle meldepflichtigen Unternehmen (20 oder mehr Beschäftigte oder Überschreitung von branchenspezifischen Umsatzschwellen). - 6) Zum Jahres- bzw. Monatsende.

Rund 9% aller Sterbefälle 2021 aufgrund von COVID-19

2021 starben in Österreich laut vorläufigen Ergebnissen 90.434 Personen; dies waren um 9,1% bzw. 7.559 Personen mehr als in den fünf Jahren vor der Pandemie (Durchschnitt 2015 bis 2019: 82.875). Bereits 2020 hatte es aufgrund der Pandemie wesentlich mehr Sterbefälle gegeben als in den Jahren zuvor (10,5% bzw. 8.724 Sterbefälle mehr als im Durchschnitt von 2015 bis 2019). 2021 verstarben 7.857 Personen bzw. 8,7% an COVID-19, Männer (4.257) häufiger als Frauen (3.600). Todesfälle aufgrund von COVID-19 traten vor allem im höheren Alter auf: Das durchschnittliche Alter lag für Männer bei 77,7 Jahren, für Frauen bei 82,9 Jahren.

Altersstruktur der an COVID-19 gestorbenen Personen 2021



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik. - Stand 15.02.2022, vorläufige Daten.

Häufigste Todesursachen Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs

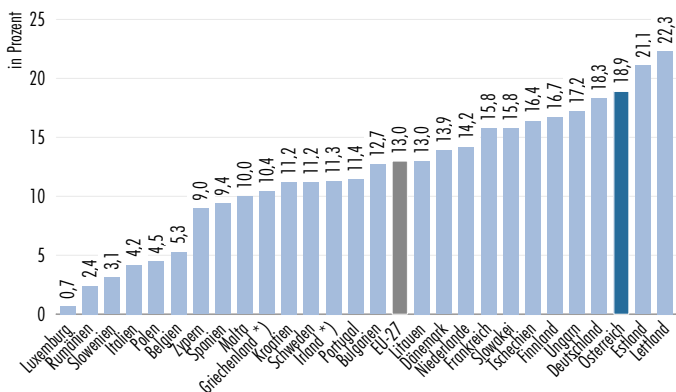
Die häufigsten Todesursachen waren auch 2021 Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Krebs. Bei beiden ist die Sterblichkeit im Vergleich zu den Jahren vor der Pandemie (Durchschnitt 2015 bis 2019) leicht gesunken. Im Gegensatz dazu verstarben 2021 (wie auch 2020) deutlich mehr Menschen an Demenz (+22%; 2020: +12%) und Morbus Parkinson (+8%; 2020: +6%).

Den deutlichsten Rückgang im Vergleich zu den Jahren vor der Pandemie gab es bei der durch Influenza und Pneumonie verursachten Sterblichkeit. Hier sank die Zahl der Verstorbenen 2021 um -52% (2020: -17%) im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019, hauptsächlich bedingt durch den Ausfall der Grippesaison aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Auch chronische Herzkrankheiten zeigten in den zwei Pandemie Jahren einen Rückgang in der Sterblichkeit (2021: -16%; 2020: -9% im Vergleich zu 2015 bis 2019). Ebenfalls niedriger war 2021 (-14%; 2020: -16%) die Sterblichkeit aufgrund von Transportmittelunfällen. Nicht zuletzt nahm auch die Zahl der Suizide im Vergleich zu den Jahren vor der Pandemie (Durchschnitt 2015 bis 2019) weiter ab (2021: -12%; 2020: -13%).

Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern geht zurück

Frauen verdienen 2020 in der Privatwirtschaft insgesamt um 18,9% brutto pro Stunde weniger als Männer. Vor zehn Jahren lag der Gender Pay Gap noch bei 24,0% (2010). Österreich zählt aber nach wie vor zu den Ländern mit den größten Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern. Nur in Lettland und Estland war der Gender Pay Gap 2020 noch größer. Der EU-Durchschnitt lag 2020 bei 13,0%.

Gender Pay Gap in den EU-Mitgliedstaaten 2020



Q: Eurostat. Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen). - Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft. - *) Griechenland und Irland: Daten für 2018.

Erklärungen für den Gender Pay Gap

Die hohe Lohndifferenz beruht laut Analysen von Statistik Austria zum Teil auf geschlechtsspezifischen Unterschieden auf dem Arbeitsmarkt. Gemäß EU-Definition sind durch die Verwendung der Stundenverdienste Unterschiede in der Arbeitszeit (Teilzeit) bereits berücksichtigt. Bezieht man Merkmale wie Branche, Beruf, Beschäftigungsausmaß, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit sowie weitere Faktoren in die Berechnung ein, dann kann fast ein Drittel des Gender Pay Gap erklärt werden.

Ginge es rein nach der formalen Ausbildung, dann müssten Frauen bereits mehr verdienen als Männer. Langfristig nimmt der Anteil der Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen und damit höheren Einkommen zu. 2010 verfügten 16,2% der erwerbstätigen Frauen über einen Hochschulabschluss (Männer: 14,1%), 2020 waren es 24,1% (Männer: 18,9%).

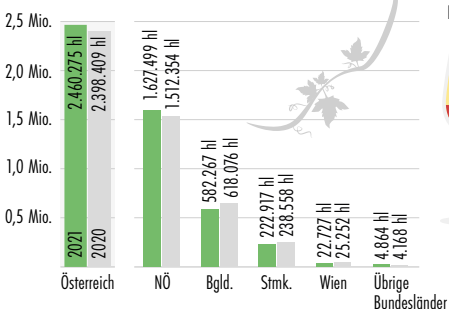
Kurzfristig können aber auch Krisen auf dem Arbeitsmarkt die Einkommensentwicklung und damit den Gender Pay Gap beeinflussen. Der Gender Pay Gap verringerte sich von 19,9% (2019) auf 18,9% (2020) und damit um 1 Prozentpunkt, das war mehr als in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 mit 0,8 Prozentpunkten und doppelt so stark wie im Schnitt der vergangenen zehn Jahre mit 0,5 Prozentpunkten pro Jahr.

Weinernte im Jahr 2021 um 3% auf 2,46 Mio. hl gestiegen

Im Jahr 2021 (Stichtag 30. November) wurden 2,46 Mio. hl Wein produziert. Die Erntemenge lag damit um 3% über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre und um 3% über der Ernte des Vorjahres. Die Weißweinproduktion fiel mit 1,73 Mio. hl um 5% höher aus als 2020 (+6% im Vergleich zum Fünfjahresschnitt), während die Rotweinernte um 3% auf 729.800 hl abnahm (-2% im Vergleich zum Fünfjahresschnitt).

Weinernte 2021 nach Bundesländern

... nach Bundesländern in Hektolitern



... nach Weiß- und Rotweanteil



... nach Qualitätsstufen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Ernteerhebung.

2,26 Mio. hl Qualitäts- und Prädikatswein

Im Hinblick auf die Weinprodukte standen bei Qualitäts- und Prädikatsweinen mit 2,26 Mio. hl um 2% höhere Mengen als 2020 zur Verfügung (+2% im Vergleich zum Fünfjahresschnitt). Während die Produktion von weißen Qualitäts- und Prädikatsweinen mit 1,59 Mio. hl um 4% höher ausfiel als 2020, wurde bei hochqualitativen Rotweinen mit 663.600 hl ein Minus von 3% gegenüber dem Vorjahr erzielt. Im Segment Wein/Landwein (inkl. Sortenwein und Sturm) wurde mit 174.500 hl ein Plus von 15% verglichen mit 2020 ermittelt (+32% zum Fünfjahresschnitt).

Weinbestand weiter auf hohem Niveau

Der Weinbestand 2021 (Stichtag 31. Juli) belief sich auf 2,90 Mio. hl und blieb das dritte Jahr in Folge auf hohem Niveau (+8% zum Fünfjahresmittel, -1% zu 2020). Der österreichweite Bestand an Weißwein nahm um 2% auf 1,69 Mio. hl. ab, der Bestand an Rotwein lag mit 1,21 Mio. hl geringfügig über dem Vorjahresniveau (+1%). Bei Qualitäts- und Prädikatsweinen gingen die Bestandsreserven auf 2,34 Mio. hl (-1% zu 2020; +9% zum Fünfjahresmittel) zurück. Der Bestand an weißem Qualitäts- und Prädikatswein belief sich auf 1,32 Mio. hl (-1% zu 2020), an rotem auf 1,02 Mio. hl (±0%).

Herausgeber und Hersteller: STATISTIK AUSTRIA, Guggasse 13, 1110 Wien; Internet: www.statistik.at

Redaktion: Sandra Schön, Tel.: +43 1 711 28-7028; e-mail: Sandra.Schoen@statistik.gv.at

© STATISTIK AUSTRIA Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich vorbehalten.

Eine Weiterverwendung ist bei Quellenangabe und korrekter Wiedergabe gestattet.

Die Bundesanstalt Statistik Österreich sowie alle Mitwirkenden an der Publikation übernehmen keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte, insbesondere übernehmen sie keinerlei Haftung für eventuelle unmittelbare oder mittelbare Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen. Korrekturhinweise senden Sie bitte an die Redaktion.